

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

November 2024

**Verhandlungen mit
Brüssel: Keine An-
bindung an die EU!**

Seite 9



**Keine Asyl-Bevor-
mundung durch
fremde Richter!**

Seite 10



**Für eine
starke
Volksschule**

Seite 13



Autobahn-Ausbau

JA

**zur Sicherung
der Nationalstrassen**

Jede Stimme zählt – jetzt abstimmen!



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 50'500 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – November 2024
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Die Leute stehen an, um die Grenzschutz-Initiative zu unterschreiben!

Wahlerfolge im Aargau und in Basel-Stadt. Die FDP ist auf unseren Asylkurs umgeschwenkt. Das Asylchaos bleibt: Sogar illegale Migranten mit negativem Asylentscheid kassieren Schweizer Sozialhilfe!

In zwei Kantonen wurden die Parlamente neu gewählt. Im Aargau erreichte die SVP ein Rekordergebnis: plus 5 Sitze (neu 48 Sitze), plus 3,5 % Wähleranteil (neu 33,9 %)! Mit Martina Bircher wurde eine profilierte SVP-Politikerin in den Regierungsrat gewählt, die eine klare Linie hat in der Asyl- und Sozialpolitik. Das hat mich besonders gefreut. Sogar in der rotgrünen Hochburg Basel-Stadt gehörte die SVP zu den Wahlsiegern.

Beide Wahlen zeigen: Wenn wir als SVP unsere Themen vertreten, dann können wir zulegen. Ich bin überzeugt: Gerade in den Städten ist die Sicherheit ein grosses Thema. Die importierte Kriminalität und das respektlose Verhalten gewisser Migrationsgruppen ist eine Zu-

mutung. Und das sinkende Niveau an den Schulen eine Zeitbombe.

Unser Sieg bei den nationalen Wahlen 2023 zeigt Wirkung: Die FDP ist auf unseren Asylkurs umgeschwenkt. In der Herbstsession hat die FDP wichtige Vorstösse von uns unterstützt. Aber das Hauptproblem bleibt. Asylvorsteher Beat Jans (SP) macht weiterhin nichts gegen das Asylchaos: Weder Grenzkontrollen noch Streichung der Sozialleistungen für Asylmigranten aus der ganzen Welt. Haben Sie gewusst, dass rund die **Hälfte ALLER Sozialhilfebezüger einen Asylhintergrund** hat? Sogar Leute mit negativem Asylentscheid kassieren Sozialhilfe. Dieses milliardenteure Asylchaos muss gestoppt werden.

Wir hatten von der SVP Schwyz einen Stand an einem Herbstmarkt. Die Leute sind angestanden, um für die Grenzschutz-Initiative «Asylchaos stoppen» zu unterschreiben. So etwas habe ich noch nie erlebt und ich bin ja schon länger in der Politik aktiv. Wir haben zu zweit 340 Unterschriften an einem Tag gesammelt. An alle SVP-Vertreter: **Geht bitte Unterschriften sammeln, die Bevölkerung ist auf unserer Seite!**

Marcel Dettling
Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



JA zum Ausbau der Nationalstrassen



Um Stautunden zu reduzieren und den Kollaps des Strassenverkehrs zu verhindern, wollen Bundesrat und Parlament das Nationalstrassennetz ausbauen und verbessern. Dies dient nicht nur dem Gewerbe, sondern erhöht auch die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität. Deshalb sage ich am 24. November JA zum Ausbausritt für die Nationalstrassen.



Von Sandra Sollberger,
Nationalrätin,
Liestal (BL)

Niemand steht gerne im Stau. Das kostet Nerven und für KMU und Gewerbe auch viel Geld. Der Verkehr hat sich seit den 1990er-Jahren mehr als verdoppelt. Und innerhalb von nur 10 Jahren haben sich die Stautunden auf über 48'000 Stunden verdreifacht. Die masslose Zuwanderung ist der Hauptgrund für diese

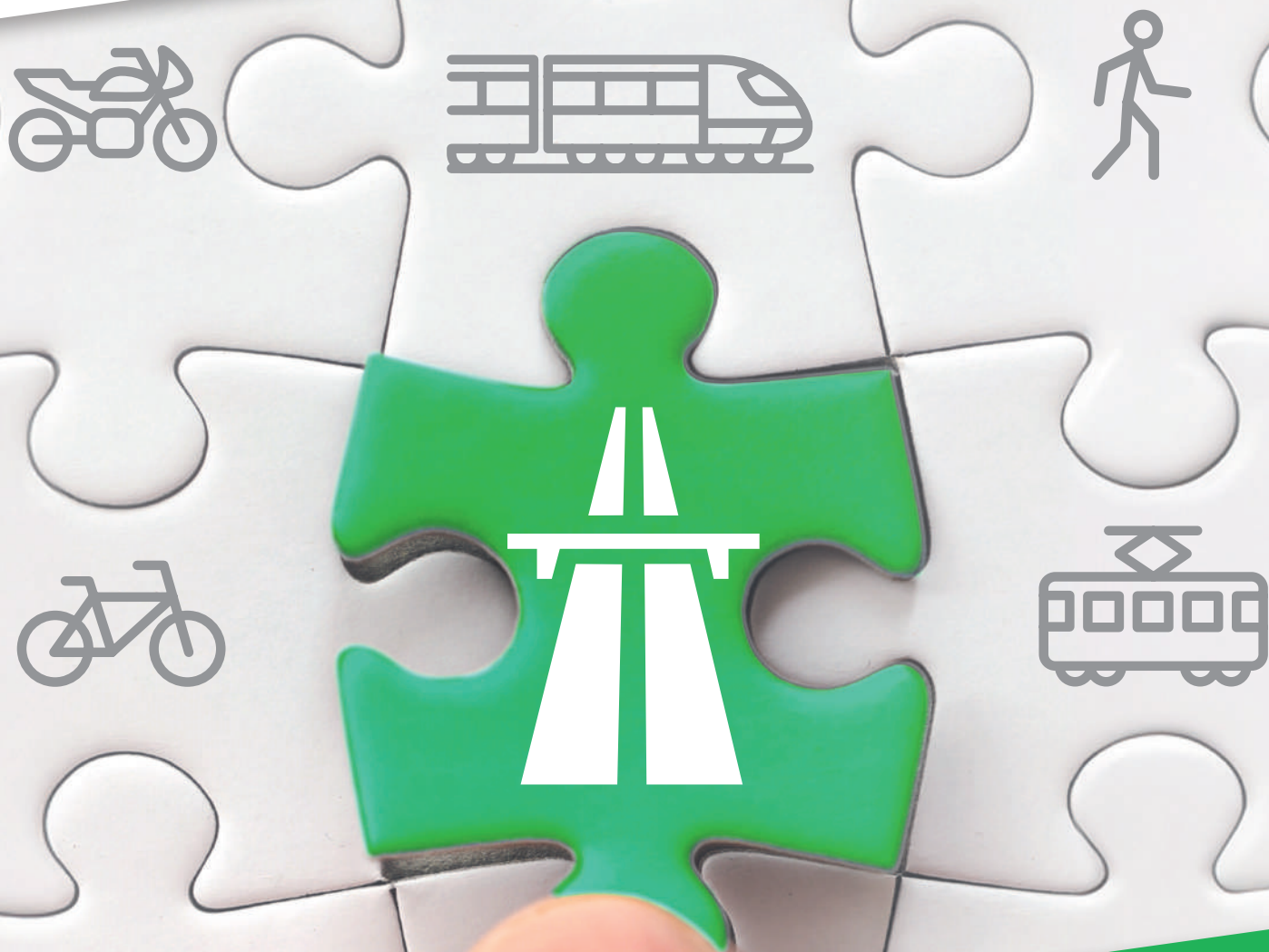
Entwicklung. Die überlasteten Strassen kosten die Volkswirtschaft 3 Milliarden Franken – pro Jahr. Deshalb ist ihr Ausbau dringend nötig. Dank unserem Verkehrsminister Albert Rösti wird nicht nur die Schiene, sondern endlich auch die Strasse stärker priorisiert. Über 70 % des Güterverkehrs findet auf der Strasse statt.

Es geht bei dieser Vorlage aber nicht nur um die wirtschaftlichen Kosten. Mit dem Autobahnausbau werden Engpässe beseitigt, was zu mehr Verkehrssicherheit führt und die Gemeinden vom Ausweichverkehr entlastet. Weniger Stau und flüssiger Verkehr steigern also auch die Lebensquali-

tät der Bevölkerung. Deshalb muss die sogenannte STEP-Vorlage angenommen werden. Der Bedarf an Fruchtfolgefächern für den Ausbau der Autobahnen beträgt zudem lediglich 8 Hektaren – diese Flächen werden zu 100 % kompensiert. Zum Vergleich: die aufgrund der masslosen Zuwanderung massiv wachsende Bevölkerung verschlingt täglich rund 6 Hektaren.

Unsere Wirtschaft und die Bevölkerung sind auf gut ausgebaute Strassen angewiesen. Die Mobilität von Menschen und Gütern ist die Grundlage unseres Wohlstandes. **Deshalb am 24. November klar JA zum Autobahnausbau!**

**Für eine Schweiz,
die vorwärtskommt**



JA 24. Nov. 2024
**Sicherung der
Nationalstrassen**



zusammen-vorwaertskommen.ch

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

ABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER

5

JA zu den beiden Mietrechts-Vorlagen Für faire Regeln und gegen Missbrauch

Die beiden Mietrechts-Vorlagen zur Untermiete und zum Eigenbedarf sorgen für faire und klare Regeln, schaffen Rechtssicherheit und schützen vor Missbrauch.



Von Nina Fehr Düsel,
Nationalrätin,
Küssnacht (ZH)

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Gesetzesänderungen ab, die das Mietrecht betreffen. Einerseits geht es darum, Missbräuche bei der Untermiete zu verhindern. Andererseits braucht es klare Voraussetzungen beim Eigenbedarf, wenn Eigentümer selbst eine Wohnung nutzen wollen.

Transparente Regeln bei Untermiete

Von verbindlichen Abmachungen und Kriterien profitieren Mieter und Vermieter. Für die Untervermietung benötigt der Mieter neu eine schriftliche Zustimmung des Vermieters.

Damit soll verhindert werden, dass Mieter ihre Wohnung zu überhöhten Preisen weitervermieten und zum Beispiel via Airbnb oder Business-Appartements ungerechtfertigten Profit herauschlagen. Dies kommt leider immer häufiger vor, weshalb es eine Anpassung dieser Regeln braucht.

Kündigung wegen Eigenbedarfs

Bereits heute kann der Eigentümer das Mietverhältnis innert gesetzlicher Frist kündigen. Dies aber nur dann, wenn er selbst einziehen oder das Geschäftslokal nutzen möchte.

Neu soll die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese punktuelle Anpassung im Gesetz erleichtert es, das Eigentum innert vernünftiger Frist zu nutzen. Heute herrscht hier oft Rechtsunsicherheit für Eigentümer und Mieter.

Die Rechte der Mieter bleiben unangetastet: Sie haben weiterhin das Recht, Entschiede vor Gericht anzufechten oder diese kostenlos bei der Schlichtungsbehörde auf ihre Zulässigkeit überprüfen zu lassen.

Daher ist es zentral, am 24. November 2x JA zu sagen. Auch Bundesrat und Parlament empfehlen die beiden Mietrechts-Vorlagen zur Annahme.



✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln



2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch

am 24. November

 **BUND FÜR MEHR WOHNRAUM**

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

ABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER

7

Wir müssen am gleichen Strick ziehen – Darum ein JA zu EFAS

Am 24. November stimmen wir über die einheitliche Pflege-Finanzierung EFAS ab. Damit werden endlich Fehlanreize im Gesundheitswesen beseitigt. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, weil alle beteiligten Finanzierer am gleichen Strick ziehen.



Vroni Thalman-Bieri,
Nationalrätin,
Flüeli (LU)

Es bestehen schon lange bekannte Fehlanreize. Leistungen beim Hausarzt oder im Spital ohne Übernachtung müssen zu 100 Prozent von den Krankenkassen und damit von den Prämienzahlenden bezahlt werden – total sind dies 23 Milliarden Franken. Anders bei den stationären Leistungen, also Behandlungen, die eine Übernachtung im Spital erfordern. Dort tragen die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten in der Höhe von total 15 Milliarden Franken.

Ambulant vor stationär spart Kosten

Ein ambulanter Eingriff ist viel günstiger als ein stationärer Aufenthalt. Mit der jetzigen unterschiedlichen Finanzierung werden Fehlanreize ausgelöst. Diese korrigiert nun diese Reform. Wir können uns also vermehrt «ambulant» operieren oder behandeln lassen. Das ist für uns Patienten zum einen viel angenehmer und zum anderen bedeutend kostengünstiger.

Das Gleiche gilt für die Pflege, die mit 6 Milliarden Franken übrigens den kleinsten Anteil an den Gesundheitskosten ausmacht. Auch hier kostet es die Prämienzahler heute mehr, wenn die Betroffenen von der Spitex betreut werden, als wenn sie die gleiche Pflegeleistung im Heim erhalten. Die meisten Menschen wollen lieber zuhause betreut werden und wenn es günstiger ist, dann

wollen wir auch als Prämienzahler davon profitieren.

Neu wird immer gemeinsam nach gleichem Verteilungsschlüssel bezahlt: Kanton/Gemeinden und Prämienzahlende. Eigentlich ganz logisch. Wir ziehen alle am gleichen Strick!

Und selbstverständlich empfehlen auch die Delegierten der SVP-Schweiz ein Ja.

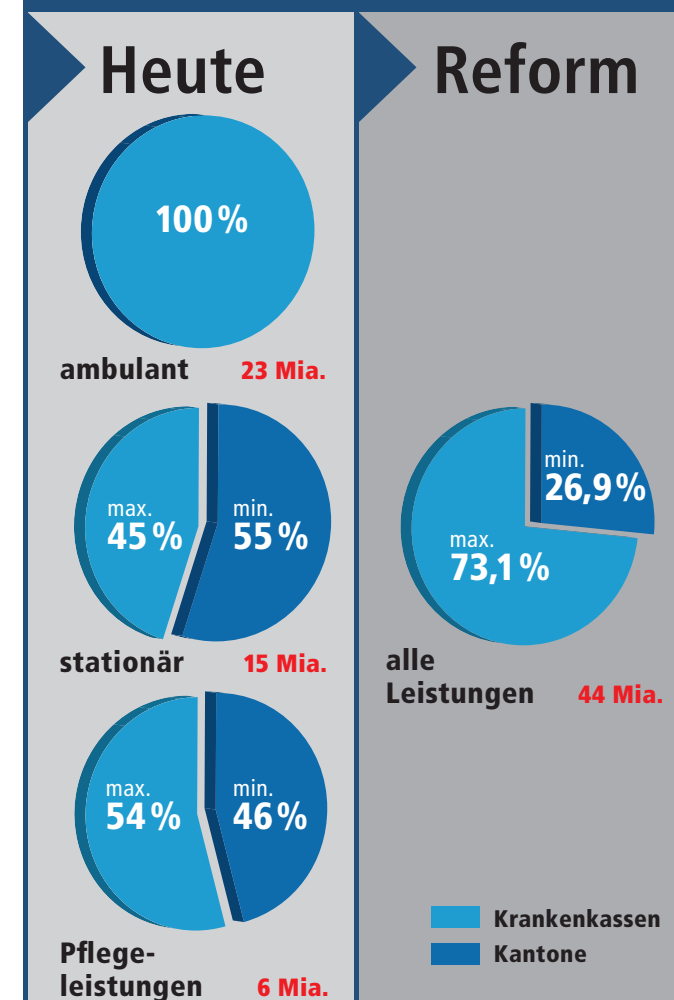
Die Reform ist ein gangbarer Weg!

Wir stärken mit einem JA die integrierte Versorgung, die für uns Patienten mit Hausarzt, Spitex, Altersheim und regionalen Akutspitalern endlich die notwendige medizinische Grundversorgung kostengünstiger zur Verfügung stellt. Endlich alle Leistungen zu gleichen Konditionen zu finanzieren, trägt zur Kostentransparenz bei und stärkt den gemeinsamen Weg im Gesundheitswesen.

Deshalb empfehle ich Ihnen am 24. November dringend ein JA zur einheitlichen Pflege-Finanzierung EFAS.

Finanzierung der Leistungen heute und bei Annahme der Reform

Aufteilung der Nettokosten*



*Nettokosten: Kosten nach Abzug der Kostenbeteiligung der Patientinnen und Patienten (Franchise und Selbstbehalt) und nach Abzug des Beitrags der Patientinnen und Patienten an die Kosten der Pflegeleistungen.

Quellen: Krankenversicherungsgesetz und Schätzungen des Bundesamts für Gesundheit, Situation «heute» bezieht sich auf Zahlen von 2022.

Grosse Chance Freihandel Der Wind steht gut, setzen wir die Segel!

Warum sich von der EU unterjochen lassen? Zahlreiche Länder wie Indien, China oder Japan bieten uns den freien Marktzugang auf dem Silbertablett an. Dank unserer Neutralität und der hohen Innovationskraft ist die Schweiz international voll im Trend!



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Die Schweiz ist klein und ohne Rohstoffe. Sie muss 40 Prozent im Ausland verdienen. Die kleinen und mittelgrossen Unternehmen hängen daran. Sie profitieren von Investitionen und tieferen Steuern, Abgaben und Sozialkosten.

Die Schweiz ist klein und verlangt – mit Ausnahme der Landwirtschaft – keine Importzölle mehr. Interessant ist die Schweiz aber wegen ihrer Innovationskraft und ihrer Forschung und Entwicklung. Die Schweiz setzt seit Jahrzehnten auf Freihandelsabkommen. Sie hat viel mehr solche Abkommen als die EU! Es sind bereits 33 Abkommen mit 43 Partnern.

Die Schweiz wird umworben – ausser von der überregulierten EU
Der internationale Handel zwischen den Staaten verschlechtert sich. Kriegerische Ereignisse, Sanktionen, Strafzölle

und Importverbote sind an der Tagesordnung. Für die Schweiz eröffnen sich indessen grosse Chancen. Als neutrales, wirtschaftsliberales und hochentwickeltes Land ist sie ein beliebter Partner. Wer mit der Schweiz ein Handelsabkommen abschliesst, kann der Welt zeigen, dass er für den freien Handel einsteht und etwas für die Wirtschaft tut.

Plötzlich wird die Schweiz regelrecht umworben. Eine einmalige Chance! Länder, mit denen die Schweiz schon über 10 Jahre verhandelt, bieten uns nun den freien Marktzugang ohne Zölle auf dem Silbertablett an. Glücklicherweise gibt es in Bern unseren Bundesrat Guy Parmelin, der die Chancen packt und erfolgreich zum Abschluss bringt! Nur die EU meint, sie müsse die Schweiz drangsalieren. Gleichzeitig schottet die EU ihren Markt, der aufgrund der hohen Regulierung nicht mehr konkurrenzfähig ist, mit hohen Zöllen ab.

Die Erfolge der Schweiz lassen sich sehen: Indonesien, Indien, Mercosur, Japan, China, Korea, Thailand... Der Wind für die Schweiz steht gut, die SVP setzt die Segel richtig!



Verhandlungen mit Brüssel: Keine Anbindung an die EU! **NEIN** zum EU-Unterwerfungsvertrag!

Schon am 18. Dezember 2024 soll Mitte-Bundespräsidentin Amherd den Abschluss der Verhandlungen über den Unterwerfungsvertrag bekannt geben. Dieser käme einer Preisgabe der Schweiz gleich und das Schweizer Volk würde seiner demokratischen Rechte beraubt. Fünf wichtige Gründe, warum der EU-Unterwerfungsvertrag abzulehnen ist.



Von Thomas Aeschi, Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident, Baar (ZG)

1. Der Unterwerfungsvertrag würde – wie schon das abgelehnte Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum EWR – **die Schweiz schleichend in die EU führen**.
2. Mit dem Unterwerfungsvertrag würde neu die EU für die Schweiz Recht setzen: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Sollte das Schweizer Volk oder das Parlament die Übernahme von EU-Recht ablehnen, wäre die EU ermächtigt, Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen. **Der Unterwerfungsvertrag wäre die Beseitigung des bilateralen Weges und nicht dessen Fortsetzung.**
3. Mit dem Unterwerfungsvertrag würde – trotz Schiedsgericht – letztlich der EU-Gerichtshof (EuGH) zur Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet. **Der EuGH ist das Gericht der Gegenpartei und deshalb nicht neutral.**
4. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung des am 9. Februar 2014 angenommenen Verfassungsartikels über die eigenständige Steuerung der Zuwanderung. **Stattdessen würde mit dem Unterwerfungsvertrag die Personenfreizügigkeit noch erweitert.** So fordert die EU die «Gleichbehandlung aller EU-Bürger» sowie die Übernahme der EU-Unionsbürgerrichtlinie.
5. Das Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz müsste sich mit dem Unterwerfungsvertrag verpflichten, einen regelmässigen finanziellen Beitrag in Milliardenhöhe an die EU zu leisten. **Eine solche Tributzahlung ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen.**

Abschliessend lässt sich festhalten, dass der Unterwerfungsvertrag zu einer **massiven Verschlechterung der Rechtssicherheit** führen würde. Die Schweiz würde sich auf Gedeih und Verderb der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unklar ist, wie sich diese zukünftig entwickelt.

Voraussichtlicher Zeitplan der Unterwerfung:

**Mittwoch,
6. November 2024:**

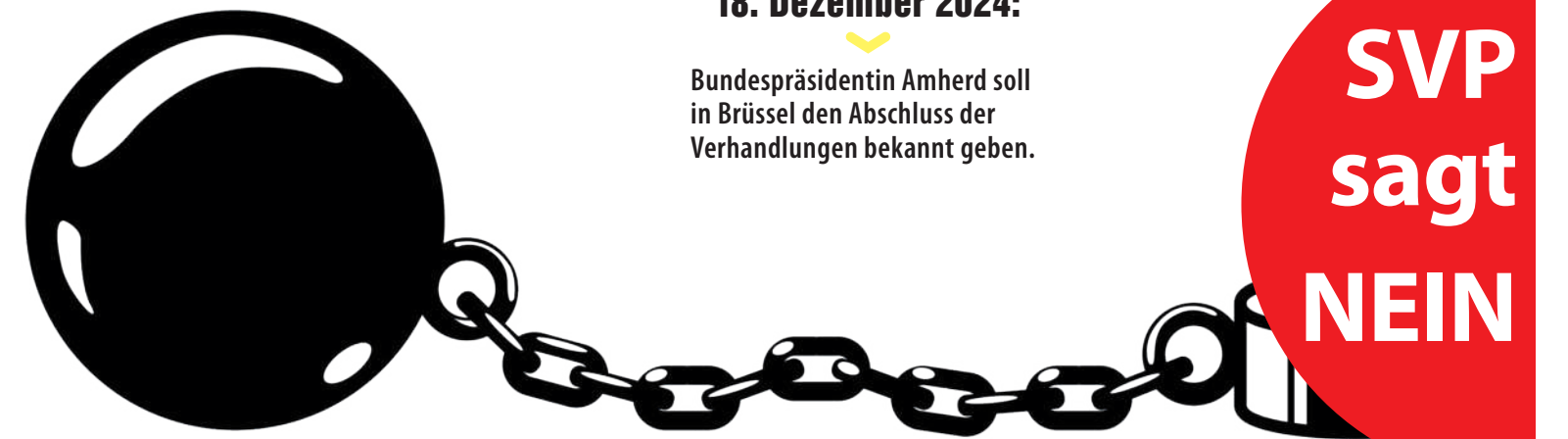
Der Bundesrat soll Chef-Unterhändler Patric Franzen ermächtigen, in wichtigen Punkten vom Schweizer Verhandlungsmandat abweichen zu dürfen, um noch vor Weihnachten eine Einigung mit der EU zu erzielen.

**Mittwoch,
18. Dezember 2024:**

Bundespräsidentin Amherd soll in Brüssel den Abschluss der Verhandlungen bekannt geben.

**Donnerstag,
17. April 2025:**

Geplanter Beginn der dreimonatigen Vernehmlassungsfrist zum EU-Unterwerfungsvertrag.



Keine Asyl-Bevormundung durch fremde Richter!

Das Rahmenabkommen mit der EU bedroht unsere Souveränität – auch in der Migrationspolitik. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der EU-Gerichtshof (EuGH) mischen sich immer stärker in nationale Fragen ein und untergraben die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Fremde Richter schreiben uns immer stärker vor, wie wir die Asylpolitik regeln sollen. Jüngstes Beispiel aus Strassburg: Vorläufig Aufgenommene dürfen ihre Familie schon nach zwei statt drei Jahren nachziehen. Obwohl sie **abgewiesene Asylbewerber** sind, die unser Land verlassen müssten. Und obwohl sie die Trennung ihrer Familie selbst verursacht haben. Dennoch hat sich das Bundesverwaltungsgericht den Direktiven aus Strassburg unterworfen, gefolgt vom Staatssekretariat für Migration – gegen den Willen des Nationalrats, der den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene abschaffen will.

Der EuGH geht noch weiter: Er verhindert Rückweisungen an der Grenze, genauso wie Ausschaffungen in Drittstaaten, wenn diese auch nur eine unsichere Randprovinz aufweisen. **Damit torpediert er griffige Massnahmen gegen die illegale Migration.** Damit nicht genug: Er spricht jeder Afghanin das Recht auf Asyl zu, da das Taliban-Regime Frauen diskriminiert – ob verfolgt oder nicht, spielt keine Rolle mehr. Das führt faktisch zu einer Personenfreizügigkeit mit dem kulturfernen Afghanistan – direkt in die Sozialhilfe. Doch Bundesbern hat

die verfehlte Praxis grundlos übernommen, und SP-Bundesrat Jans hält eisern daran fest.

Das alles zeigt klar: **Fremde Richter missachten unsere Demokratie und stützen eine Asylpolitik, die unserer Bevölkerung schadet.** Mit dem Rahmenabkommen riskieren wir eine weitere Bevormundung durch den EuGH. Das öffnet Tür und Tor für noch mehr Zuwanderung.

Die Schweiz braucht nicht mehr, sondern weniger fremde Richter. Statt uns auch noch dem EuGH zu unterwerfen, treten wir besser aus dem EGMR aus: Damit wir unsere **Migrationspolitik wieder selbst bestimmen** können. Denn deren Folgen tragen wir – nicht die Strassburger Richter.



Stoppen wir die importierte Kriminalität!

Die Schweiz ist immer weniger sicher: Letztes Jahr wurden über 520'000 Straftaten registriert. Das sind 1431 Straftaten pro Tag! Die Mehrheit der gefassten Täter sind Ausländer, besonders hoch ist der Anteil von Asylmigranten.



Von Christoph Riner,
Nationalrat,
Zeihen (AG)

Frick AG:

Zwei algerische Asylbewerber machen sich an Auto zu schaffen, beide Täter festgenommen und Diebesgut sichergestellt

Rapperswil AG:

Zwei Tunesier auf nächtlicher Autoeinbruchstour mit Diebesgut von der Polizei festgenommen

Frick AG:

Nach Einbruch in Mehrfamilienhaus – 3 Marokkaner festgenommen

Dies sind nur einige Schlagzeilen der letzten Wochen aus dem Kanton Aargau. Die Kriminalität in der Schweiz hat 2023 mit über 520'000 Straftaten Rekordwerte erreicht. Das ist eine Zunahme von 14 % gegenüber 2022. Die Diebstähle aus Fahrzeugen haben gar um 71 %, die Einbruch- und Einschleichen diebstähle um über 15 % zugenommen. 56 % der beschuldigten Personen sind Ausländer, besonders hoch ist der Anteil von Asylmigranten. **Das ist völlig inakzeptabel!** Die Menschen in unserem Land haben zu jeder Zeit und an jedem Ort ein Recht auf Sicherheit.

Die Kriminalitätsrate ist gerade bei abgewiesenen Asylbewerbern überproportional hoch. Gegen diese stark steigende importierte Kriminalität muss

vorgegangen werden. Dafür braucht es keine Diskussionen an runden Tischen, sondern vom zuständigen Bundesrat Beat Jans endlich griffige Massnahmen.

In der Sommersession habe ich einen Vorstoss eingereicht, der die Bewegungsfreiheit von kriminellen Personen im Asylverfahren, von abgewiesenen kriminellen Asylbewerbern und von kriminellen Migranten ohne Aufent-

haltsrecht bis zum Strafvollzug und zur Ausschaffung konsequent einschränken will.

Besser wäre es, wenn Bundesrat Jans **Grenzkontrollen** einführen und den **grassierenden Asylmissbrauch stoppen** würde. Weil sich der SP-Bundesrat weigert, muss das Volk handeln: Unterschreiben Sie deshalb noch heute unsere Grenzschutz-Initiative!



Wer das nicht will, wählt:



Jetzt unterschreiben!

VOTE

Initiative zum Schutz der Gemeinden bei Windparks

Die Gemeinden und damit die Betroffenen sollen bei geplanten Windparks entmachtet werden. Unsere «Gemeindeschutz-Initiative» will das verhindern. Bitte unterschreiben auch Sie.

Im Kanton St. Gallen hat der Regierungsrat die Gemeinden entmachtet und die Volksabstimmungen bei geplanten Windparks abgeschafft. Im Kanton Luzern hat die SVP das Referendum ergriffen, weil der Kanton den Gemeinden das Bewilligungsverfahren für Windparks entziehen will. In vielen anderen Kantonen droht das gleiche Schicksal. Damit würden in unserem Land Zustände herrschen wie in der undemokratischen EU.



Der Schutz der Volksrechte in der Schweiz ist durch mehr als 1000 riesige Windkraftanlagen bedroht. Um die demokratische Mitbestimmung der

betroffenen Bevölkerung zu schützen, hat der Verband «Freie Landschaft Schweiz» die «Gemeindeschutz-Initiative» lanciert. In jeder betroffene Gemeinde soll das Volk zu einem Windpark-Projekt verbindlich Ja oder Nein sagen.

Die betroffene Bevölkerung soll abstimmen können: Unterzeichnen Sie daher die Gemeindeschutz-Initiative. Herzlichen Dank!



Ihr Elias Vogt
Präsident Freie Landschaft Schweiz



www.gemeindeschutz-ja.ch

DER NEUE TOYOTA C-HR



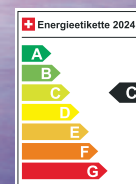
10 JAHRE
GARANTIE &
ASSISTANCE



4x4
HYBRID



Mit CHF 4'000.- Prämie.
Jetzt Probe fahren.



Toyota C-HR Premiere Style Hybrid AWD-1, 198 PS, Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 51'800.- abzüglich CHF 4'000.- Lagerprämie = CHF 47'800.-, Ø Verbr. 5,1 l/100 km, CO₂ 115 g/km, En-Eff. C. Lagerprämie nur gültig auf Lagerfahrzeuge, nicht auf Werksbestellungen. Lagerprämie nicht mit Flottenrabatt kumulierbar. Die Verkaufsfaktion ist gültig für Vertragsabschlüsse und deren Immatriculation vom 1.11.-31.12.2024 oder bis auf Wiederruf. Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie und Assistance oder 185'000 km ab 1. Immatriculation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.



Die hohe Zuwanderung und ideologische Experimente haben zu einem sinkenden Niveau an unserer Volksschule geführt. Hier braucht es dringend eine Kurskorrektur – denn Bildung ist eines unserer wertvollsten Güter.



Von Martina Bircher,
Nationalrätin,
Aarburg (AG)

Jedes dritte Kind hat heute ein Sprachproblem, wenn es in den Kindergarten kommt. Im Kanton Aargau beispielsweise sind 40 % der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Dies ist die Folge der fehlgeleiteten Schweizer Migrationspolitik. Dies ist vor allem an den Schulen spürbar, denn sie sind das Spiegelbild unserer Gesellschaft. Die Volksschule muss

alles daransetzen, dass die Unterrichtsqualität gewährleistet ist. Dazu braucht es Kurskorrekturen.

Die integrative Schule ist gescheitert. Der Realität von zu wenig Heilpädagogen bis hin zum heutigen Schülermix ist Rechnung zu tragen. Das Klassenzimmer ist nicht der Ort für ideologische Versuche. Mit zunehmender Zuwanderung kommen immer mehr Kinder in die Schweiz, die kein einziges Wort Deutsch sprechen. Sie sind separat zu unterrichten, bis sie dem ordentlichen Schulunterricht folgen können. Davon profitieren alle.

Durch den Lehrplan 21 haben die handwerklichen Fächer erheblich an Einfluss

verloren – zum Leidwesen vieler Schüler und Schülerinnen, deren Schulalltag dadurch viel kopflastiger geworden ist. Fächer wie TTG (technisches und textiles Gestalten), Bildnerisches Gestalten oder auch WAH (Wirtschaft, Arbeit, Haushalt) sind zu stärken. Generell gilt, und zwar bei allen Fächern: Mehr in die Tiefe statt in die Breite.

Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, wird kaum mehr vermittelt: **Werte zu leben, Schweizer Kultur zu pflegen, sich mit Anstand, Rücksicht und Toleranz zu begegnen.** Hier gilt es klare Kante zu zeigen und den Lehrerinnen und Lehrern den Rücken zu stärken.

GENAU DIE RICHTIGE WAHL.

Der neue Mitsubishi ASX.

ASX



5 Jahre Free Service

GRATIS WINTERRÄDER INKLUSIVE*

Free Service: Gültig für max. 5 Jahre, 100'000 km oder 5 Wartungen (es gilt das zuerst Erreichte). Alle Bedingungen unter mitsubishi-motors.ch.
*Aktion gültig beim Kauf und Immatriculation eines neuen ASX vom 1. September 2024 bis 31. Dezember 2024.



Dütsch. Dütlich. **DETLING!**

Was läuft schief in der Schweizer Politik?
Dütsch. Dütlich. DETTLING! - redet Klartext!



GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

GRÜNER UNSINN

15

Massen-Arbeitslosigkeit?

NEIN

zur Umweltverantwortungs-Initiative

Die extreme Initiative «für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)», die am 9. Februar 2025 zur Abstimmung kommt, würde unsere Wirtschaft zerstören. Ohne Wohlstand gibt es aber keinen Umweltschutz.



Von Martin Hübscher,
Nationalrat,
Bertschikon (ZH)

Die Volksinitiative der jungen Grünen verlangt, dass die Schweizer Wirtschaft bis in 10 Jahren nur so viel an Ressourcen verbraucht, wie gemäss dem «Konzept der planetaren Grenzen» verträglich sein soll.

Das ist bereits die erste Unklarheit im Initiativtext: Wo sind die planetaren Grenzen und wer bestimmt diese? Hier

sind sich selbst Wissenschaftler nicht einig. **Klar ist aber:** Eine Annahme der Initiative würde weder das Klima, geschweige denn den Planeten retten, sondern einzig die Wirtschaft nachhaltig abwürgen. Bundesrat, National- und Ständerat lehnen deshalb diese realitätsfremde und verantwortungslose Initiative der jungen Grünen ohne Gegen-vorschlag ab.

Die Initiative hat zudem ein grundsätzliches Problem: Sie legt Nachhaltigkeit einseitig aus. Diese besteht jedoch aus den drei Säulen Umwelt, Soziales und Wirtschaftlichkeit. Alle drei müssen gewährleistet sein, damit der Umweltschutz nicht auf Kosten einzelner Bevölkerungsgruppen geht. Gerade

den letzten Punkt – die Wirtschaftlichkeit – erwähnt die Initiative mit keinem Wort. **Tatsächlich aber ist Umweltschutz nur mit einer starken und innovativen Wirtschaft finanzierbar.** Die Initianten sägen also an dem Ast, auf dem sie sitzen.

Hinzu kommt: der grösste Treiber für die Zubetonierung unserer Natur ist die masslose Zuwanderung. Allein 2023 kamen netto über 140'000 Menschen zusätzlich in unser Land. Täglich werden in der Schweiz 6 Hektaren neue Siedlungsflächen überbaut. **Wer also nachhaltig etwas für die Umwelt tun will, unterstützt die Initiative der SVP «Keine 10-Millionen-Schweiz! Nachhaltigkeits-Initiative».**

THE NEW OPEL GRANDLAND

#GOGRAND

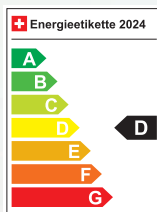
JETZT
BEREITS AB

CHF 38 770.-

50%
AUF WINTER-
KOMPLETTRÄDER



O P E L



Beispiel: New Grandland Edition, 1.2 Direct Injection Turbo Hybrid 48 V mit Elektrisches 6-Gang-Doppelkupplungsgetriebe (eDCT), 100 kW (136 PS). Barkaufpreis: CHF 38 770.-. Verbrauch 5,5–5,6 l/100 km, CO₂-Emission 124–128 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: C-D. Opel Grandland Frühbucher-Angebot: 50% Rabatt auf Opel Original Winterkomplettreder (4 Stück) bei Bestellung eines neuen Opel Grandland BEV oder MHEV bis 31. Dezember 2024. Nur bei teilnehmenden Opel Partnern.

ENERGIZE
YOUR LIFE



Entdecke und
steige ein